

1. Was wollen Sie tun, damit unsere sozialen Systeme nicht unter der wachsenden Erwerbsarmut noch weiter schrumpfen? Wie denken Sie über eine Entkopplung von Sozialsystemen und Erwerbsarbeit? z.B. durch eine universale Bürgerversicherung und durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen?

Die Studie der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema Erwerbsarmut zeigt sehr deutlich, welche Faktoren für eine Rolle bei der Erwerbsarmut spielen. Betroffen sind hauptsächlich Personen mit einem niedrigen Bildungs- bzw. Qualifikationsniveau, mit Migrationshintergrund, Teilzeitbeschäftigte und Frauen, wenn auch nur leicht überrepräsentiert.

Diese drei Faktoren hat die FDP zum Schwerpunkt ihrer Arbeit in der nächsten Legislaturperiode erklärt. Wir wollen uns deshalb auf den Bereich der Bildung, beginnend bei der frühkindlichen Bildung in den Kitas, über die Schulen bis hin zum Ausbau der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten über das ganze Erwerbsleben hinweg konzentrieren.

Wir setzen uns bereits seit Jahren für eine schnelle und passgenaue Ausbildung der Migranten und Flüchtlinge ein, für Sprachkurse, die auch noch zu Beginn der Erwerbstätigkeit fortgeführt werden sollten und für gemeinsame Initiativen mit den Unternehmen für Praktikumsplätze und eine duale Ausbildung bis hin zum dualen Studium.

Darüber hinaus wollen wir jeder Frau ermöglichen, Familie und Beruf problemlos miteinander vereinbaren zu können durch einen ausreichenden Ausbau der Krippen- und Kitaplätze mit Öffnungszeiten, die bedarfsgerecht sind, damit Frauen ganztags berufstätig sein können. Wir wollen auch die Qualität der Kindertageseinrichtungen verbessern und z.B. mehr Erzieher/innen beschäftigen, damit jedes einzelne Kind ganz individuell betreut und gefördert werden kann. Eltern sollen die Gewissheit haben, dass ihre Kinder gut betreut sind, während sie arbeiten.

Die seit vielen Jahren propagierte **Bürgerversicherung** wird das demografische Problem, mit dem auch die Krankenkassen konfrontiert werden, nicht beheben können. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger in eine Einheitsversicherung einzahlen müssten, würden die Sozialkassen zwar entlastet, aber nur kurzfristig, denn das Problem der Demografie, d.h. der immer weniger werdenden Beitragszahler, bleibt bestehen. Denn die, die heute zusätzlich Beitragszahler werden, werden morgen die Krankenkassen ebenfalls in Anspruch nehmen, bei einem weiter fortschreitenden Rückgang der Einzahlenden. Insofern wird die Problematik nur zeitlich verschoben.

Die FDP steht deshalb für mehr, statt für weniger Wettbewerb der Krankenversicherer. Die private Krankenversicherung ist ein Garant für Qualität und ein Motor für Innovationen, weil sie früher als die GKV neue Methoden und Arzneien bezahlt. Auf diese Weise erreichen Innovationen in der Folge auch die Versicherten der GKV. Wir wollen den Wettbewerb deshalb auch zwischen den gesetzlichen Krankenkassen weiter vorantreiben, um unsere hohe medizinische Qualität zu erhalten, die ihresgleichen weltweit sucht – und dies bei immer noch vertretbarer Beitragshöhe.

Wer der Ansicht ist, eine Einheits-Bürgerversicherung sei gerechter als das heutige System, verwechselt Gleichheit auf niedrigerem Niveau mit Gerechtigkeit.

Statt eines **bedingungslosen Grundeinkommens** will die FDP das **Modell des Bürgergeldes** einführen. Beim Bürgergeld werden alle steuerfinanzierten Sozialleistungen zusammengefasst und von einer Stelle zentral ausgezahlt. Das spart eine Menge Bürokratie ein und bringt die Bürgerinnen und Bürger aus der Bittsteller-Position heraus. Das Bürgergeld wird allerdings nicht bedingungslos ausgezahlt, sondern mit Anreizen zum Arbeiten verknüpft. Ab einer bestimmten Untergrenze erhalten Menschen, die von ihrer Arbeit allein nicht leben können, eine Aufstockung ihres Einkommens durch das Bürgergeld. Dabei wollen wir gleichzeitig die Anrechnung von zusätzlich verdientem Geld so verändern, dass es sich lohnt, mehr zu arbeiten. Denn bisher lohnt es sich eben oft nicht, zusätzlich noch hinzuzuverdienen. Für uns gilt: wer mehr arbeitet, muss immer mehr in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet.

2. Für welche Maßnahmen wollen Sie sich einsetzen, um Menschen finanziell zu unterstützen, die unbezahlte Sorgearbeit leisten und daher von Altersarmut bedroht sind?

Die unbezahlte Sorgearbeit sollte idealerweise zwischen den Partnern einer Lebensgemeinschaft gerecht aufgeteilt werden. Die Aufgabe des Staates sollte sich darauf beschränken, dies auch zu ermöglichen. Dazu gehört eine fürsorgliche und fördernde Unterstützung der Jüngsten in den Kitas, eine hochwertige Nachmittagsbetreuung in der Schule und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Eltern die Möglichkeit haben, Arbeitszeit so zu gestalten, wie es für sie sinnvoll erscheint. Laut Umfragen würden beide Elternteile gerne in einer etwas reduzierten Vollzeit um die 35 Stunden arbeiten, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

3. Wie wollen Sie den wachsenden Pflegenotstand, Bildungsnotstand und die Wohnungsnot lösen?

Bei einem immer größer werdenden Bevölkerungsanteil, der pflegebedürftig wird, benötigen wir immer mehr Pflegekräfte und Pflegedienste. Die meisten Menschen wollen im Alter in ihrer vertrauten Umgebung bleiben und möglichst auch zu Hause sterben. Deshalb muss die Pflege vorrangig ambulant und vernetzt organisiert werden.

Wir wollen deshalb den Aufbau von Versorgungsnetzwerken fördern, so dass die ärztliche, die pflegerische sowie die palliative Betreuung kooperieren und Hand in Hand arbeiten.

Im Mittelpunkt müssen diejenigen stehen, die gepflegt werden und nicht die damit verbundene Bürokratie. Wir wollen daher den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation verringern und den Einsatz von unterstützenden IT- und Assistenz-Systemen fördern, denn es muss mehr Zeit für die Pflegebedürftigen zur Verfügung stehen. Um dies zu erreichen, möchten wir die Digitalisierung im Gesundheitsbereich vorantreiben, Forschungsprojekte in Auftrag geben und Pilotprojekte konzipieren.

Pflegefachkräfte leisten eine wertvolle Arbeit, die unsere Anerkennung und Wertschätzung verdient. Dennoch sehen sich Pflegekräfte mit einem schlechten Image konfrontiert und leiden darunter, dass es immer wieder Vorfälle in schlecht geführten Pflegeheimen gibt, die dazu führen, dass die ganze Pflegebranche zu Unrecht unter Generalverdacht gestellt wird. Die Wertschätzung, die der Pflegeberuf verdient, muss sich auch in einer besseren Vergütung und besseren Arbeitsbedingungen ausdrücken sowie in Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten, die über ein Studium der Pflege zu erreichen sind, ohne, dass der Beruf grundsätzlich akademisiert werden sollte.

Doch der Fachkräftemangel wird sich durch Verbesserungen in der Ausbildung und einer höheren Vergütung allein nicht beheben lassen. Deshalb wollen wir auch die Anwerbung von Pflegekräften aus der EU ermöglichen.

4. Welche sozialen Infrastrukturen sollen Ihrer Meinung nach in der kommenden Legislaturperiode prioritär ausgebaut und der Bevölkerung möglichst kostenlos oder zumindest kostengünstig zur Verfügung gestellt werden?

Wir wollen den Bereich der Kindertagesbetreuung, wenn der Ausbau der Plätze abgeschlossen ist und auch mehr Personal für eine qualitativ gute und individuelle Betreuung in den Einrichtungen zur Verfügung steht, gebührenfrei stellen.

Für uns steht die Bildung an erster Stelle unserer politischen Ziele, denn sie ist der Schlüssel für ein eigenverantwortliches und zufriedenes Leben jedes einzelnen. Bereits in der frühen Kindheit werden die Grundlagen für den späteren Bildungserfolg gelegt. Deshalb ist es uns wichtig, eine hochwertige frühkindliche Bildung in den Kindertageseinrichtungen zu gewährleisten, die mit einer fürsorglichen individuellen Betreuung einhergeht. In einem weiteren Schritt wollen wir die Kita, wie andere Bildungseinrichtungen auch, gebührenfrei stellen.

5. Was wollen Sie tun, damit Erwerbsarbeit mit anderen Formen menschlicher Tätigkeit (Sorgearbeit, am Gemeinwesen orientierte Tätigkeit, bürgerschaftliches Engagement) selbstbestimmt vereinbar sind? Sehen Sie in verteilungspolitischer Hinsicht Handlungsbedarf? Was wollen Sie dafür unternehmen?

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt dazu führt, Arbeitszeiten- und Arbeitsorte, wo immer dies möglich ist, zu flexibilisieren. Auf der anderen Seite müssen sowohl die Kinderbetreuung als auch die Pflege von Angehörigen so organisiert werden, dass die unterstützenden Angebote in ausreichendem Maße vorhanden sind. Über die Flexibilität der Arbeit in Verbindung mit einer gut organisierten Unterstützung sollen Arbeitnehmer die Möglichkeit erhalten, beides miteinander verbinden zu können.

6. Was wollen Sie tun, damit die soziale Säule Europas ausgebaut wird?

Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene dafür ein, dass alle Menschen einen fairen Zugang zu Bildung, Gesundheit und Arbeit haben. Die Menschen, die in Notlagen geraten, sollen solidarisch unterstützt werden. Darüber hinaus dürfen Fleiß und Talent durchaus Unterschiede begründen. Das ist unsere liberale Grundhaltung und dafür werben wir.

Aufgrund der Struktur der Europäischen Union, die gehalten ist, nur das zu regeln, was die einzelnen Nationalstaaten nicht in eigener Verantwortung regeln können, vertreten wir die Überzeugung, dass die Sozialpolitik von den Mitgliedstaaten in eigener Verantwortung gestaltet werden sollte.

Gerne stehe ich Ihnen auch für weitere Fragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Katharina Schreiner